

# VORGESCHICHTE UND ABLAUF DER VERSÖHNUNGSMESSE IN KREISAU / KRZYŻOWA AM 12.11.1989

Unterrichtsmaterial zur Einführung in den Besuch  
der Stiftung Kreisau für Europäische Verständigung



**Projekt finanziert aus dem Staatshaushalt im Rahmen des Wettbewerbs des Außenministeriums der Republik Polen „Public Diplomacy 2024“.**



Ministry of Foreign Affairs  
Republic of Poland

---

Die Veröffentlichung gibt nur die Ansichten des Autors wieder und darf nicht mit dem offiziellen Standpunkt des Außenministeriums der Republik Polen gleichgesetzt werden.

© by Stiftung Kreisau für Europäische Verständigung, 2024

HERAUSGEBER  
Tomasz Skonieczny

ÜBERSETZUNG  
Gert Röhrborn

SPRACHLICHE REDAKTION  
Jan Obermeier

GRAFIK UND SATZ  
Adam Kolenda

AUF DEM TITELSEITE  
Ein Element der Dauerausstellung „Mut und Versöhnung“ in Kreisau/Krzyżowa

# EINFÜHRUNG

Am 1. September 2019 richtete Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier in seiner Rede auf dem Piłsudski-Platz in Warschau anlässlich des 80. Jahrestages des Ausbruchs des Zweiten Weltkriegs folgende Worte an die Zuhörenden:

„Unsere Väter und Mütter haben aus der Geschichte gelernt. Über den Gräbern der Toten haben sie einander die Hand zur Versöhnung gereicht. Gemeinsam haben sie einen neuen Weg in die Zukunft gefunden – den Weg der guten Nachbarschaft, den Weg der Zusammenarbeit, mit Regeln für den Frieden, mit verbrieften Rechten für alle Menschen.“

Der vom Bundespräsidenten erwähnte Prozess der Aussöhnung zwischen Polen und Deutschland dauert bereits viele Jahrzehnte an. Er hat in Vergangenheit und Gegenwart gleichermaßen viele Befürworter, aber auch Kritiker gefunden. Für die Generation junger Menschen in der ersten Hälfte des 21. Jahrhunderts, die die Ereignisse des vergangenen Krieges nur noch aus den Erzählungen einer zusehends schwindenden Zahl von Zeitzeugen oder aus Lehrbüchern kennt, ist dieser Prozess nicht vollständig nachvollziehbar – nicht ausgeschlossen, dass sie ihm gar mit Gleichgültigkeit begegnet. Demgegenüber muss seine Bedeutung immer wieder aufs Neue entdeckt werden, und seine Früchte bedürfen aufmerksamer Pflege, damit Polen und Deutsche endlich für immer friedlich Seite an Seite leben können, auf der Grundlage eines tiefen Verständnisses und Respekts für die gemeinsame Geschichte.

Auch unsere Materialien sollen diesem Zweck dienen.

Die Autoren  
Daniel Freudenreich  
Andrzej Dusiewicz



# UNTERRICHTSMATERIAL ZUR EINFÜHRUNG IN DEN BESUCH DER STIFTUNG KREISAU FÜR EUROPÄISCHE VERSTÄNDIGUNG

**Lerngegenstand:** Vorgeschichte und Ablauf der Versöhnungsmesse in Kreisau / Krzyżowa am 12.11.1989

**Zielgruppe:** SuS der Sekundarstufe I (Gymnasium, Mittelschule / Realschule, Oberschule), ab Jahrgangsstufe 9 in Deutschland / SuS des Lyzeums bzw. der Fachoberschule, ab Jahrgangsstufe 1 in Polen

**Kompetenzschwerpunkt:**

- SuS beschreiben, untersuchen und beurteilen Auswirkungen historischer Veränderungen in den deutsch-polnischen Beziehungen nach dem Zweiten Weltkrieg auf verschiedenen Ebenen (z. B. in sozialer, nationaler, religiös-weltanschaulicher, kultureller oder politischer Hinsicht) (Schwerpunkt: Deuten)
- SuS erklären historisches Handeln nach zeitgenössischen (z. B. kulturellen, politischen) Wertmaßstäben (Schwerpunkt: Deuten)
- Kernaussagen von Quellen und Darstellungen identifizieren und in eigenen Worten zusammenfassen (Schwerpunkt: Methoden anwenden)

**Lernziele:**

- SuS beschreiben und untersuchen quellenbasiert verschiedene Etappen deutsch-polnischer Aussöhnungsinitiativen im Kalten Krieg und beurteilen die verschiedenen Phasen auf verschiedenen zeitlichen Ebenen.
- SuS beschreiben und untersuchen vergleichend die Berichterstattungen zur Kreisauer Versöhnungsmesse sowie erklären das politische, kulturelle und religiöse Handeln nach zeitgenössischen Wertmaßstäben.
- SuS wägen die erleichternden und erschwerenden Faktoren der deutsch-polnischen Versöhnung ab und entwickeln Szenarien weiterer Versöhnung oder möglicher Alternativkonzepte.

**Sozialformen:** Unterrichtsgespräch / Gruppenarbeiten

**Unterrichtszeit:** 90 Minuten (2 Unterrichtseinheiten) oder auch längere Einheiten

**Unterrichtsverlauf:**

**Einstieg:** L. spielt Auszug aus der „tagesschau“ (<https://media.tagesschau.de/video/2009/1104/TV-20091104-0948-4101.webl.h264.mp4>, Minute 10:32 – 12:48) vom 12.11.1989 vor, in dem das deutsch-polnische Treffen in Kreisau / Krzyżowa und Tschenstochau / Częstochowa vorgestellt wird, zunächst nur Anmoderation (10:32 – 10:53)

**Leitfrage(n) zur Videosequenz:**

- Welche Gesten der Versöhnung sind denkbar?
- Warum war eine deutsch-polnische Aussöhnung im Jahr 1989 überhaupt so schwierig?
- Was machte das Aufeinandertreffen in Kreisau so besonders?

**Thesenbildung (von den SuS), bspw.:**

- Handschlag, Fototermin, gemeinsame Pressekonferenz vermutlich möglich
- Zweiter Weltkrieg noch nicht staatlich „verarbeitet“
- Kein Friedensvertrag zwischen Polen und Deutschland
- Kalter Krieg half nicht bei der Versöhnung beider Länder in gegnerischen politischen Blöcken
- Kreisau könnte Bedeutung für beide Länder haben

**Lehrerimpuls: Deutsch-polnische Beziehungen nach 1945 in Schlaglichtern:**

- a) Siegermächte legen im Potsdamer Abkommen (August 1945) gemäß dem Entwurf der Konferenz von Jalta (Januar 1945) nach der Kapitulation der Wehrmacht (Mai 1945) die deutsch-polnische Grenze vorläufig fest (Teilung Deutschlands / Österreichs in je vier Besatzungszonen und deren Hauptstädte in je vier Sektoren, Gebiete östlich der Oder-Neiße-Linie stehen unter polnischer oder sowjetischer Hoheitsgewalt, Zwangs-umsiedlungen werden von den Alliierten gebilligt)
- b) DDR erkennt unter sowjetischem Zwang die „Friedens- und Freundschaftsgrenze“ an Oder und Lausitzer Neiße (statt Glatzer Neiße) einschließlich der Teilung zahlreicher Uferstädte wie Frankfurt/Oder, Guben, Forst oder Görlitz infolge des Görlitzer Abkommens von 1950 an
- c) BRD erkennt die kommunistische Regierung Polens nicht an und unterhält deshalb auch keine diplomatischen Beziehungen zu Polen (auch weil die VR Polen die DDR - und nicht die BRD - als einzigen legitimen deutschen Staat ansieht)

**Gelenkstelle /** Im Rahmen eines Gruppenpuzzles werdet ihr euch mit

**Lehrerimpuls:** deutsch-polnischer Versöhnung in der Nachkriegszeit anhand unterschiedlicher Medien befassen. Immer wieder soll die Frage im Raum stehen, wie diese Versöhnung ausgesprochen und gezeigt wurde. Darüber hinaus soll geklärt werden, welche Wirkung diese Initiativen erzielten. Präsentiert eure Quellen und stellt die Ergebnisse eurer Aufgaben vor.

6 Gruppen (verschiedene Materialien aus den Gruppen A-F können von den Lehrkräften vollständig oder auch nur als einzelne Module eingesetzt werden)

## GRUPPE A: Versöhnungsinitiativen aus der DDR und Polen vor 1969

- 1) Fasse die beteiligten Parteien, den Zeitpunkt und den Inhalt des Vertrags zusammen.
- 2) Beschreibe Inhalt und Gestaltung der Briefmarken und der zeitgenössischen Fotografie aus der DDR und der VR Polen anlässlich der Unterzeichnung des Görlitzer Abkommens.
- 3) Beurteile den in der DDR geläufigen Begriff der „Oder-Neisse-Friedensgrenze“ als Bezeichnung für die deutsch-polnische Grenze.

### Erwartungen:

#### Zu 1) Vertragsparteien, Zeitpunkt und Inhalt

- Görlitzer Abkommen vom 6. Juli 1950 (fünf Jahre nach Kriegsende, ein Jahr nach Gründung der BRD aus den drei Westzonen der Alliierten, dreiviertel Jahr nach Gründung der DDR aus der SBZ) zwischen der DDR und der VR Polen abgeschlossen
- Hauptparteien waren die DDR, vertreten durch Otto Grotewohl und Georg Dertinger, sowie Polen, vertreten durch Józef Cyrankiewicz und Stefan Wierbłowski
- Inhalt des Abkommens: Festlegung der Oder-Neiße-Linie als Staatsgrenze zwischen Deutschland und Polen - von der Ostsee entlang der Oder und Lausitzer Neiße bis zur tschechoslowakischen Grenze
- Vereinbarung markierte einen wichtigen Schritt zur Festigung der nach dem Zweiten Weltkrieg geschaffenen Grenzen und sollte den Frieden zwischen den beiden Staaten sichern.
- Abkommen sah auch die Einrichtung einer gemischten deutsch-polnischen Kommission vor, um Grenzmarkierungen im Gelände anzubringen, zudem wurden Regelungen zur Schifffahrt und zum Grenzverkehr an der neuen Grenze getroffen

#### Zu 2) Fotografie und Briefmarken

- Fotografie:
  - o Fotografie im polnischen Zgorzelec / Görlitz auf dem Marktplatz entstanden
  - o Unterzeichnung des Abkommens zuvor im Kulturhaus von Zgorzelec / Görlitz (vor 1945 Oberlausitzer Ruhmeshalle zu Ehren der Kaiser Wilhelm I. und Friedrich III.)
  - o große Menschenmassen mit Fahnen beider Staaten zu sehen
  - o am auffälligsten in der rechten Bildhälfte im Vordergrund ein zweisprachiges Plakat mit der Aufschrift „Niech żyje wieczna przyjaźń narodu niemieckiego z narodem polskim“ / „Es lebe die ewige Freundschaft des deutschen und polnischen Volkes“, was angesichts des Jahres 1950 und der sechsjährigen Kriegszeit völlig unrealistisch wirkt
  - o problematisch am Plakat ist der Ewigkeitsanspruch (Weltkrieg stellt bereits eine Zäsur und einen Zivilisationsbruch in den deutsch-polnischen Beziehungen dar); andererseits ist die Definierung des deutschen Volkes unklar (nur das Volk der DDR mit dem Anspruch, Staat der Antifaschisten zu sein? / oder das gesamte deutsche Volk, inklusive der Bürgerinnen und Bürger der BRD?)
  - o in beiden Fällen basiert diese Aussage angesichts der weithin noch spürbaren Kriegsfolgen auf einer bewussten, politisch inszenierten Intention der Unterzeichner des Abkommens
- Briefmarke aus dem Jahr 1951
  - o quadratische Briefmarke in roten (menschliche und leblose Figuren) und weißen (Schriftzüge, Gesichter, Taube) Farben
  - o stellt beide Staatspräsidenten (Wilhelm Pieck aus der DDR auf der linken / deutschen Seite und Bolesław Bierut aus der VR Polen auf der rechten / polnischen Seite der gemeinsamen Grenze) dar

- beide Männer reichen sich offensichtlich gut gelaunt die Hände über der Oder-Neiße-Grenze (lesbare Beschriftung der Grenzflüsse) etwa auf der Höhe der Stadt Görlitz / Zgorzelec
  - gesamter Grenzverlauf wird gemäß Abkommen von der damaligen tschechoslowakischen Grenze bei Hrádek / Bogatynia / Zittau entlang der Neiße und Oder bzw. des gesamten Oder-Deltas gezeigt, dabei wird nicht zwischen dem geografischen Verlauf der Oder und der davon abweichenden politischen Grenze nördlich von Schwedt / Krajnik Dolny bis zur Ostsee mit Einbeziehung von Szczecin / Stettin und Świnoujście / Swinemünde auf polnischer Seite farblich abgehoben - man sieht nur zwei Linienverläufe, die man sich selbst erschließen muss
  - unter den Händen der beiden Staatsoberhäupter ist eine weiße Taube zu sehen, die als Symbol des Friedens die Bedeutung des Görlitzer Abkommens als Maßnahme zur Friedenssicherung unterstreichen soll
  - um das Bild rankt sich vom äußeren linken über den unteren bis zum äußeren rechten Rand der Schriftzug „Deutsche Demokratische Republik“ als Herausgeber der Briefmarke sowie der Portowert „24“ Pfennig in weißer Schrift
- Briefmarke aus dem Jahr 1970
- Querformat
  - roter Hintergrund mit Schriftzug auf linker Seite (Text „DDR“ als Herausgeberland sowie der Portowert „20“)
  - zentrales Motiv ist ein weißer Kasten in der Horizontalen, der etwa 5/6 der Briefmarke einnimmt
  - Im weißen Kasten gibt es eine Dreiteilung:
    - links das Staatswappen der DDR (Hammer mit Zirkel umgeben von einem goldenen Ährenkranz, im unteren Teil umschlungen mit einem schwarz-rot-goldenen Band),
    - in der Kastenmitte ist ein Schriftzug in goldener Schrift „20 Jahre Görlitzer Abkommen über die Oder-Neisse-Friedens-Grenze“ (sic!)
    - rechts ist das Staatswappen der VR Polen (der weiße Adler, hier mit grauen Farbakzenten, mit Blickrichtung nach links und gemäß kommunistischer Symbolik ohne die bis 1939 noch vorhandene und erst nach 1989 restituierte Krone auf dem Haupt des Adlers)
    - als Verbindungselement zwischen den beiden Staatswappen gibt es einen Flaggenzug
      - von links betrachtet: am Rand des DDR-Staatswappens (unten rechts) beginnend (Flagge der DDR in schwarz-rot-goldener Farbe mit Staatswappen in der Mitte)
      - in der Mitte die größte der drei Flaggen (eine rote Flagge ohne sonstige Symbole oder Kennzeichnungen, kann als kommunistische Flagge und Verbindungsglied unterhalb des Schriftzugs gedeutet werden)
      - rechts endend: am unteren linken Rand des Adlers (Flagge der VR Polen in weiß-roten Farben ohne weitere Symbole)
  - Herausgabe der Briefmarke kann als geschichtspolitische Maßnahme der DDR zur Erinnerung an den 20. Jahrestag des Abkommens sowie als politische Legitimierung mit dem Zusatz „Oder-Neisse-Friedensgrenze“ gedeutet werden

### Zu 3) „Oder-Neisse-Friedensgrenze“ in der DDR

- Der Begriff „Oder-Neisse-Friedensgrenze“ war in der DDR weit verbreitet, um die Akzeptanz der deutsch-polnischen Grenze zu fördern
- In der offiziellen DDR-Propaganda galt die Grenze als Symbol für
  - endgültige Überwindung der NS-Ideologie und
  - als Grundlage für den Frieden in Europa

- Grenze als „Friedensgrenze“
  - o Bevölkerung sollte auf die Unveränderlichkeit dieser Grenze trotz möglicher Vorbehalte in der Bevölkerung über den provisorischen Charakter der Grenzziehung eingeschworen werden
  - o gleichzeitig diene der Begriff dazu, die Anerkennung dieser Grenze gegenüber der BRD, die die Grenze erst deutlich später im Warschauer Vertrag (1970) anerkannte, zu betonen und sich damit im Gegensatz zur BRD als „Friedensstaat“ zu stilisieren

## GRUPPE B: Versöhnungsinitiativen aus der BRD und Polen vor 1969

- 1) Analysiere die „Ostdenkschrift“ der EKD und die Briefe der katholischen Bischöfe, indem du zusammenfasst, auf welche Ereignisse beide Schrift<sup>e</sup>n eingehen.
- 2) Untersuche, in welchen Formulierungen versöhnende Aspekte zur Sprache kommen. Überlege dir, welche Formulierungen eher politische Argumente und welche eher religiöse Argumente verwenden.
- 3) Beurteile, in welchem Grad die Schriften inhaltlich aufeinander eingehen und bewerte den Versöhnungsaspekt.

### Erwartungen

#### Zu 1) Ereignisse, auf die sich beide Schreiben beziehen

- Sowohl die „Ostdenkschrift“ der EKD vom 1. Oktober 1965 als auch der Brief der polnischen Bischöfe vom 18. November 1965 und die Antwort der deutschen Bischöfe gehen auf die Ereignisse des Zweiten Weltkriegs und dessen Folgen ein
- Die „Ostdenkschrift“ der EKD thematisiert die Flucht und Vertreibung von Millionen Deutschen aus den ehemaligen Ostgebieten sowie die völkerrechtlichen und politischen Implikationen der Festlegung der Oder-Neiße-Grenze
- Die polnischen Bischöfe thematisieren ebenfalls die Auswirkungen des Krieges, vor allem die Zerstörung Polens und den Völkermord an ca. sechs Millionen polnischen Staatsbürgern während der deutschen Besatzungsherrschaft
- Beide Schriften befassen sich mit der Versöhnung und der Notwendigkeit, die belastete deutsch-polnische Vergangenheit zu überwinden, um eine friedliche Zukunft zu gestalten

#### Zu 2) Formulierungen mit versöhnenden Aspekten

- „Ostdenkschrift“ der EKD:
  - Wunsch nach Versöhnung in der Feststellung, dass die deutsch-polnischen Beziehungen von Entfremdung geprägt sind und „es zu einer Versöhnung kommen [muss], die auch zwischen Völkern möglich ist“ (Abschnitt 6).
  - erkennt die deutsche Schuld im Zweiten Weltkrieg an und weist darauf hin, dass das deutsche Volk „schuldhaft über sich selbst und andere Völker großes Unglück gebracht hat“ (Abschnitt 5).
  - betont, dass eine Versöhnung nur durch die Anerkennung der realen politischen und historischen Veränderungen, einschließlich der Grenzverschiebungen, möglich ist (Abschnitt 6).
  - Diese Formulierungen verwenden eher politische Argumente, die auf Realpolitik und Völkerrecht basieren, beinhalten aber auch ethische und theologische Überlegungen, in denen die moralische Verantwortung Deutschlands anerkannt wird.
- Brief der polnischen Bischöfe:
  - stark von christlicher Versöhnungsrhetorik geprägt
  - zentrale Aussage ist der Aufruf: „Versuchen wir zu vergessen!“ und „Wir gewähren Vergebung und bitten um Vergebung“ (Abschnitt 2)
    - Text betont das christliche Ideal der Vergebung und spiegelt eine religiöse Argumentation wider, die auf Überwindung von Feindseligkeit und Heilung durch Vergebung abzielt
    - gleichzeitig weisen die Bischöfe auf die schweren Verbrechen hin, die das polnische Volk während des Krieges erlitten hat

- hebt hervor, dass die Anerkennung der der Oder-Neiße-Grenze für Polen von existentieller Bedeutung ist
  - diese Passagen argumentieren sowohl politisch als auch religiös
- Antwort der deutschen Bischöfe:
  - betont die christliche Notwendigkeit der Vergebung: „So bitten auch wir zu vergessen, ja wir bitten zu verzeihen“ (Abschnitt 3)
  - gleichzeitig äußert man Verständnis für das Leid der Polen und das Schicksal der deutschen Vertriebenen, wobei auf den moralischen Anspruch des „Rechts auf Heimat“ hingewiesen wird
    - Die Argumentation ist überwiegend religiös motiviert und durchdrungen vom Ideal der Versöhnung, während der Aspekt des „Rechts auf Heimat“ auch politische Argumente aufgreift

### **Zu 3) Beurteilung des Versöhnungsaspekts und der gegenseitigen Bezugnahme der Schriften**

- Beide Briefe sind in ihrem Kern aufeinander abgestimmt, da sie beide den Versöhnungsgedanken in den Mittelpunkt stellen
- Während die polnischen Bischöfe explizit Vergebung anbieten und zugleich um diese bitten, reagieren die deutschen Bischöfe darauf, indem sie die Vergebungsbitte annehmen und auch selbst um Vergebung bitten
- Die „Ostdenkschrift“ zeigt ein Bewusstsein für die historischen Realitäten und die moralische Verpflichtung Deutschlands
- Die „Ostdenkschrift“ der EKD ist dafür, dass sie als erstes erschien, stärker politisch geprägt, betont jedoch ebenfalls die moralische Notwendigkeit der Versöhnung
- Die Briefe der katholischen Bischöfe und die „Ostdenkschrift“ der EKD ergänzen sich, indem sie sowohl religiöse als auch politische Aspekte der Versöhnung ansprechen
- Während die Briefe sich auf christliche Werte der Vergebung fokussieren, hebt die EKD eher die pragmatische Anerkennung der politischen Realität der Nachkriegszeit hervor
- Beide Ansätze tragen zur Versöhnung bei,
  - wobei der religiöse Diskurs eine emotionale Ebene anspricht,
  - während der politische Diskurs der EKD eine rationale Grundlage für eine künftige Friedensordnung bietet

## GRUPPE C: Ostverträge der BRD: Warschauer Vertrag von 1970

- 1) Fasse die beteiligten Parteien, den Zeitpunkt und den Inhalt des Vertrags zusammen.
- 2) Erarbeite ausgehend von Reaktionen der Befürworter und Kritiker des Warschauer Vertrags Argumente für oder gegen diesen Vertrag.
- 3) Ergänzung / Zusatzaufgabe: Informiere dich über andere damals geschlossene Ostverträge der BRD (Moskauer Vertrag mit der UdSSR, Prager Vertrag mit der ČSSR, Grundlagenvertrag mit der DDR).
- 4) Beurteile, ob die Ostverträge den Prozess der Wiedervereinigung eher gefördert oder aufgehalten haben.

### Erwartungen:

#### Zu 1) Zusammenfassung des Warschauer Vertrags (Parteien, Zeitpunkt, Inhalt):

- Vertrag zwischen der BRD (vertreten durch Bundeskanzler Willy Brandt und Außenminister Walter Scheel) und der VR Polen (vertreten durch Ministerpräsident Józef Cyrankiewicz und Außenminister Stefan Jędrzychowski) vom 7.12.1970
- Der Vertrag erkannte die Oder-Neiße-Grenze als Westgrenze Polens an
- Er verpflichtete beide Staaten zur Achtung der bestehenden Grenzen und der territorialen Integrität
- Beide Seiten erklärten, keine Gebietsansprüche zu erheben
- Der Vertrag war Teil der Ostpolitik der BRD, die eine „Normalisierung“ der Beziehungen zu osteuropäischen Staaten anstrebte.

#### Zu 2) Reaktionen; Argumente für und gegen den Warschauer Vertrag:

- Befürworter:
  - Willy Brandt (SPD) argumentierte, der Vertrag sei ein Schlussstrich unter die Leiden der Vergangenheit und eine Chance für ein friedliches Zusammenleben der Völker (Quelle 9)
  - Walter Scheel (FDP) betonte, dass das Offenhalten der Grenzfrage keinen realen Nutzen habe, da eine freiwillige Gebietsabtretung durch Polen undenkbar sei (Quelle 10)
- Kritiker:
  - Franz Josef Strauß (CSU) sah in den Ostverträgen eine Ermutigung für die geopolitischen Besitzstände der Sowjetunion und eine Schwächung der westlichen Wertegemeinschaft (Quelle 11)
  - Der Bund der Vertriebenen kritisierte, dass der Vertrag den Verzicht auf das deutsche Selbstbestimmungsrecht und die Anerkennung des Unrechts der massenhaften Vertreibungen der Deutschen bedeute (Quelle 12).

#### Zu 3) Ergänzungsaufgabe zu anderen Ostverträgen:

- Der Moskauer Vertrag (1970) zwischen der BRD und der UdSSR bestätigte die Unverletzlichkeit der Nachkriegsgrenzen und den Verzicht auf militärische Gewalt
- Der Prager Vertrag (1973) regelte die Beziehungen zwischen der BRD und der ČSSR und annullierte das Münchner Abkommen von 1938
- Der Grundlagenvertrag (1972) zwischen der BRD und der DDR führte de facto zur staatlichen Anerkennung der DDR und förderte die Beziehungen zwischen beiden deutschen Staaten

**Zu 4) Beurteilung der Ostverträge in Bezug auf die Wiedervereinigung**

- Die Ostverträge trugen zur Stabilisierung der internationalen Beziehungen bei, durch:
  - die faktische Anerkennung der Nachkriegsgrenzen und
  - den Verzicht auf militärische Gewalt
- Kritiker sahen in ihnen jedoch eine Verfestigung der Teilung Deutschlands (Strauß, BdV)
- andererseits schufen die Verträge
  - eine Basis für Dialog und
  - eine Entspannungspolitik, die langfristig den Weg für die Wiedervereinigung ebnete, indem sie Spannungen zwischen Ost und West abbaute

## GRUPPE D: Berichterstattung vom Tag der Versöhnungsmesse

- 1) Fasse protokollartig zusammen, welche Ereignisse im Bericht der „tagesschau“ vom 12.11.1989 hervorgehoben werden.
- 2) Fasse protokollartig zusammen, welche Ereignisse im Bericht des „Dziennik Telewizyjny“ vom 12.11.1989 hervorgehoben werden.
- 3) Skizziere, welche Personen gezeigt werden und welche Inhalte aus Reden oder Gesten im Beitrag präsentiert werden.
- 4) Vergleiche beide Berichterstattungen hinsichtlich übereinstimmender und unterschiedlicher Inhalte.
- 5) Beurteile, welche Informationen in Deutschland aus Polen und welche in Polen aus Deutschland ergänzt werden sollten und begründe es.

### Erwartungen:

#### Zu 1) Protokoll der „tagesschau“ (10:32-12:47)

- Am Abend fand ein Treffen zwischen Staatspräsident Wojciech Jaruzelski und Bundeskanzler Helmut Kohl statt (musste wegen der unerwarteten Öffnung der Berliner Mauer kurzfristig verschoben werden)
- Bilder vom symbolträchtigen Friedensgruß zwischen Mazowiecki und Kohl als Höhe- und Ausgangspunkt des Polenbesuchs des Bundeskanzlers
- Am Mittag fand eine Versöhnungsmesse unter Teilnahme von Ministerpräsident Tadeusz Mazowiecki und Bundeskanzler Helmut Kohl statt
- Die historische Bedeutung von Kreisau - nun Krzyżowa - wurde hervorgehoben, als Zentrum des Widerstands gegen das NS-Regime im Zweiten Weltkrieg
- Hinweis auf die schwierige bilaterale Annäherung, die erst durch die Regierungsübernahme der Solidarność möglich geworden sei
- Rede Kohls mit konsekutiver Übersetzung
  - o Messe sei ein wichtiger Augenblick in der Geschichte beider Völker
  - o Die Geschichte werde nicht vergessen, man wolle aus ihr lernen
- Rede Mazowieckis mit konsekutiver Übersetzung
  - o Der Geist der Brüderlichkeit solle auch in die Zukunft getragen werden
- Anschließend (aber eigentlich zuvor) zweisprachige Predigt von Bischof Prof. Dr. Alfons Nossol (Diözese Oppeln)
  - o Dieses Treffen sei lange herbeigesehnt worden
  - o Die gemeinsame Messe solle „Meilenstein“ der zukünftigen Geschichte werden
  - o Aus der Erinnerung an die Vergangenheit dürfe nichts verdrängt werden
- 7000 Menschen, darunter zahlreiche Angehörige der deutschen Minderheit in Polen, hätten die Messe genutzt, um erstmals ein öffentlichkeitswirksames Bekenntnis abzugeben
- Anschließend Empfang der beiden Regierungschefs im Kloster Jasna Góra / Klarenberg in Częstochowa / Tschenstochau, Bildaufnahme der beiden Regierungschefs in knieender Gebetshaltung vor dem Gnadenbild der Schwarzen Madonna von Jasna Góra

#### Zu 2) Protokoll des „Dziennik Telewizyjny“ (bis Minute 02:21)

- Am Abend um 19 Uhr fand im Warschauer Schloss Belvedere ein Treffen zwischen Staatspräsident Wojciech Jaruzelski und Bundeskanzler Helmut Kohl statt

- Am Morgen fand eine Versöhnungsmesse unter Teilnahme von Ministerpräsident Tadeusz Mazowiecki und Bundeskanzler Helmut Kohl statt, die von den versammelten Gläubigen herzlich empfangen wurden
- Die historische Bedeutung von Kreisau - nun Krzyżowa - wurde hervorgehoben, als Ort des Gedenkens an die von Graf Moltke angeführte Widerstandsgruppe gegen das NS-Regime im Zweiten Weltkrieg (Hinweis: Gedenkstein zum 50. Jahrestag des Kriegsbeginns)
- Es waren mehrere tausend Gläubige aus Wałbrzych / Waldenburg und Umgebung anwesend
- Die Messe wurde in zwei Sprachen gehalten: Polnisch und Deutsch
- Anwesend waren offizielle Kirchenvertreter aus Polen und Deutschland
- Konzelebranten der Messe: Bischof Prof. Dr. Alfons Nossol (Diözese Oppeln), Vertreter der Diözese Breslau und des deutschen Episkopats
- Der Reporter hebt die Bilder vom Friedensgruß zwischen Mazowiecki und Kohl hervor, die europaweit in die Schlagzeilen geraten seien
- Anschließend Empfang der beiden Regierungschefs im Kloster Jasna Góra / Klarenberg in Częstochowa / Tschenstochau durch den Paulinerorden
- Bildaufnahme der beiden Regierungschefs in knieender Gebetshaltung vor dem Gnadenbild der Schwarzen Madonna von Jasna Góra
- Übergabe von Geschenken in der Klosterbibliothek
- Erholung und Mahlzeit im Refektorium des Klosters

### **Zu 3 / 4) Personen und Gesten, Vergleiche**

- Jaruzelski (Handschlag mit Kohl), genauere Bildaufnahme nur in polnischer Sendung
- Kohl und Mazowiecki halten Reden auf der Messe (beide Reden auszugsweise in der „tagesschau“)
- Nossols Predigt (im deutschen Fernsehen im Originalton, im polnischen Fernsehen nur Bildaufnahme mit VoiceOver des Reporters)
- Symbolträchtiger Friedensgruß von Kohl und Mazowiecki in beiden Sendungen
- Symbolträchtiges gemeinsames Gebet vor dem Gnadenbild der Schwarzen Madonna von Częstochowa / Tschenstochau

### **Zu 5) Begründete Ergänzungen in beiden Sendungen**

- Mögliche Ergänzungen in der „tagesschau“:
  - Beteiligung beider Episkopate in „tagesschau“
  - Mehr Aufnahmen im Originalton in der polnischen Ausgabe
  - Hinweis über Anwesenheit der deutschen Minderheit fehlt in der polnischen Ausgabe
  - weitere Möglichkeiten

## **GRUPPE E: Wortbeiträge auf der Kreisauer Versöhnungsmesse (Bischof Nossol, Bundeskanzler Kohl, Ministerpräsident Mazowiecki)**

- 1) Fasse zusammen, auf welche Ereignisse Nossol in seiner Predigt bzw. Kohl und Mazowiecki in ihren Reden eingehen.
- 2) Untersuche, in welchen Formulierungen versöhnende Aspekte zur Sprache kommen.
- 3) Überlege dir, welche der Formulierungen eher als politische Argumente und welche eher als religiöse Argumente verwendet werden können.

### **Erwartungen:**

#### **Zu 1) Ereignisse und Themen der Reden / Predigten:**

- Bischof Nossol hebt die historische Bedeutung des Treffens hervor, verweist auf die Last der Vergangenheit (Zweiter Weltkrieg, NS-Verbrechen und Rolle des Widerstands) und plädiert für eine christliche Versöhnung als Grundlage eines friedlichen Miteinander beider Völker
- Helmut Kohl betont das gemeinsame Gedenken und die Hoffnung auf eine friedvolle Zukunft der Völker durch (generelle) Lehren aus der Geschichte
- Tadeusz Mazowiecki betont die Brüderlichkeit und die Verantwortung, die sich aus dem gemeinsamen Glauben und der menschlichen Verbundenheit ergeben

#### **Zu 2) Versöhnende Formulierungen:**

- Nossol fordert Vergebung und spricht von der „Versöhnung in Wahrheit und Liebe“
- Kohl betont die „gute Zukunft“ im Zeichen von Frieden und Gottes Segen
- Mazowiecki spricht von „zwischenmenschlicher Brüderlichkeit“ und der Erinnerung an diesen gemeinsamen Moment

#### **Zu 3) Politische und religiöse Argumente:**

- Politische Argumente:
  - Kohls Hoffnung auf Frieden und die „gute Zukunft“ Europas
  - Mazowieckis Betonung der Brüderlichkeit zwischen den Völkern
- Religiöse Argumente:
  - Nossols Bezug auf die christliche Vergebung, die Macht Christi als Versöhner und das Gedenken an die Eucharistie
  - Mazowieckis Betonung menschlicher und religiöser Brüderlichkeit
- Diese Formulierungen verankern den Gedanken der Versöhnung in politischen und religiösen Kontexten, um die Völker zur Zusammenarbeit zu inspirieren

## **GRUPPE F: Heinz Reinefahrt als Gegenstand deutsch-polnischer Versöhnungsdiskurse der 2010er-Jahre**

1. Stelle kurz die Begleitumstände der Rede des Bundespräsidenten in Warschau im Jahr 2019 und der feierlichen Enthüllung der Mahntafel am Rathaus von Westerland auf Sylt im Jahr 2014 dar.
2. Skizziere die Biografie von Heinz Reinefarth und erkläre, warum sein Nachkriegsschicksal in Polen als Beispiel für eine unvollständige Versöhnung beider Länder angeführt wird. Hat Reinefarths Nachkriegsgeschichte auch Spuren in der deutschen Geschichte hinterlassen? Nimm Stellung dazu.
3. Erkläre, wie du die Worte des Bundespräsidenten verstehst, dass „...die Vergangenheit nicht abgeschlossen [ist]. Nein, die Vergangenheit ist nicht abgeschlossen. Im Gegenteil: Je länger dieser Krieg zurückliegt, desto wichtiger wird das Erinnern. Ein Krieg ist beendet, wenn die Waffen schweigen. Seine Folgen aber sind ein Erbe für Generationen. Dieses Erbe ist ein schmerzhaftes Erbe. Wir Deutsche nehmen es an, und wir tragen es weiter.“ (Z. 9-12).
4. Wie bewertest du die Geste der Westerländer im Kontext der Worte des Bundespräsidenten? Ist diese Geste deiner Meinung nach eine gelungene „Lektion der Geschichte“ und „ein Händereichen über den Gräbern der Opfer“? Begründe deinen Standpunkt.

### **Erwartungen**

#### **Zu 1) Begleitumstände der Rede des Bundespräsidenten 2019 und der Enthüllung der Mahntafel in Westerland 2014**

- Rede von Bundespräsident Steinmeier 2019 in Warschau:
  - o Zum 80. Jahrestag des Zweiten Weltkriegs sprach Steinmeier über die deutsche Schuld und das Leid, das Polen und ganz Europa durch den Krieg erfuhren.
  - o Er betonte Deutschlands fortwährende Verantwortung und bat um Vergebung, wobei er die Bedeutung von Erinnerung und Versöhnung für eine friedliche Zukunft hervorhob.
- Umstände der Enthüllung der Mahntafel in Westerland 2014:
  - o Die Mahntafel am Rathaus von Westerland erinnert an die Verbrechen bei der Niederschlagung des Warschauer Aufstands von 1944.
  - o Sie benennt die Mitschuld des früheren Westerländer Bürgermeisters Heinz Reinefarth, der als NS-Gruppenführer für die Ermordung vieler Polen verantwortlich war.
  - o Mit dieser Gedenktafel wird der Opfer gedacht und das Anliegen der Versöhnung betont.

#### **Zu 2) Biografie Reinefahrts**

- Heinz Reinefarth, Jurist (Rechtsanwalt und Notar) und früheres NSDAP-Mitglied, trug als SS-Gruppenführer im August 1944 maßgeblich zur brutalen Niederschlagung des Warschauer Aufstands bei, was zu enormen zivilen Opfern führte.
- Nach Kriegsende entging er der Auslieferung nach Polen und machte politische Karriere als Bürgermeister von Westerland und als Abgeordneter im Schleswig-Holsteinischen Landtag, was (nach Aufdeckung seiner Rolle durch einen DDR-Film und mehrere Historiker) zu öffentlicher Kritik und zwei ergebnislosen Ermittlungsverfahren führte.
- Infolge dieser Kritik distanzierte sich der Schleswig-Holsteinische Landtag im August 2014 (zum 70. Jahrestag der Niederschlagung des Warschauer Aufstands) von Reinefahrt öffentlich, wobei gleichzeitig in Westerland eine lange umstrittene Mahntafel für die polnischen NS-Opfer errichtet wurde.

- Polens Unverständnis über seine Nachkriegskarriere zeigt die Brüche im bilateralen Versöhnungsprozess.
- In Deutschland symbolisiert der „Fall Reinefarth“ das Versäumnis einer vollständigen juristischen Aufarbeitung und spiegelt die diesbezüglichen Schwierigkeiten der Nachkriegsjustiz wider.
- Stellungnahme soll sachlich auf
  - o die Auseinandersetzung mit NS-Tätern (Reinefarth mit Freispruch vor Gericht und sein politischer Aufstieg in Westerland und Schleswig-Holstein trotz schwerer Kriegsverbrechen) und deren Rolle in der westdeutschen Nachkriegsgesellschaft eingehen,
  - o die Lücken in der juristischen Aufarbeitung und das ambivalente Verhältnis Deutschlands zur eigenen NS-Vergangenheit eingehen,
  - o die Diskussion um Reinefarth wie auch anderer Kriegsverbrecher (z.B. Adolf Eichmann) Bezug nehmen. Denn diese Diskussion trug dazu bei, dass Deutschland sich fortan intensiver mit seiner Verantwortung für Kriegsverbrechen (z.B. Verjährungsfristen) und Fragen der Vergangenheitsbewältigung (z.B. Gedenktage, -stätten) auseinandersetzte (allerdings erst seit den 1960er-Jahren, insbesondere nach der Ausstrahlung der amerikanischen TV-Serie „Holocaust“ in den 1970er-Jahren)

### **Zu 3) Erklärung / Zitat aus der Rede Steinmeiers 2019**

- Der Bundespräsident betont, dass
  - o die Auswirkungen des Zweiten Weltkriegs, insbesondere das dadurch verursachte Leid und die auf sich geladene Schuld, nicht mit dem Schweigen der Waffen endeten.
  - o Stattdessen gehören die Kriegsfolgen zum Erbe der nachfolgenden Generationen, wobei die Nachfahren der Täter die moralische Verantwortung tragen, sich der NS-Vergangenheit zu stellen.
  - o Damit fordert er ein aktives Erinnern und Mahnen, da mit der Dauer des Friedens auch die Bedeutung des Gedenkens wächst.
  - o Deutsche tragen diese Last als Pflicht zur Versöhnung und zur Vermeidung von neuem Leid.

### **Zu 4) Bewertung der Geste der Westerländer 2014**

- Die Geste der Westerländer, an ihrem Rathaus eine Mahntafel zum Gedenken an die Opfer des Warschauer Aufstands anzubringen, ist im Kontext von Bundespräsident Steinmeiers Worten ein bedeutendes Zeichen der Auseinandersetzung mit dem belastenden Erbe des Zweiten Weltkriegs.
- Sie kann als gelungene „Lektion der Geschichte“ verstanden werden, weil sie den Opfern Anerkennung zollt und gleichzeitig zur Versöhnung einlädt.
- Diese Geste zeigt, dass das Bewusstsein für historische Verantwortung besteht und die deutsche Gesellschaft bereit ist, Fehler der eigenen nationalen Vergangenheit anzuerkennen und die Erinnerung daran auch weiter wachzuhalten.
- Die Bewertung kann bspw. auf den Werten Gerechtigkeit, Verantwortung und Versöhnung beruhen. Dabei können folgende Aspekte eine exemplarische Rolle spielen:
  - o Die Anerkennung von Unrecht und die Bereitschaft zur Erinnerung sind grundlegende Schritte, um Frieden und Vertrauen zwischen Völkern aufzubauen.
  - o Eine solche Erinnerungskultur unterstützt nicht nur das kollektive Gedächtnis, sondern kann auch Vorbild für andere Gemeinschaften sein, die ihre eigene Vergangenheit aufarbeiten müssen.

## Gruppen A-F präsentieren ihre Ergebnisse.

Transfer und Erwartungsbild zum Abschluss:

Lehrkraft greift das Steinmeier-Zitat aus Gruppe F auf:

„Je länger dieser Krieg zurückliegt, desto wichtiger wird das Erinnern. Ein Krieg ist beendet, wenn die Waffen schweigen. Seine Folgen aber sind ein Erbe für Generationen.

Dieses Erbe ist ein schmerzhaftes Erbe. Wir Deutsche nehmen es an, und wir tragen es weiter.“ (Z. 9-12).

Ist es heute noch notwendig, von Versöhnung zu sprechen?

Hängen wir an einen Ballon „helfende“ Faktoren auf, die den Ballon steigen lassen und „hinderliche“ Faktoren, die den Ballon herunterziehen.

- Aktuelle Beispiele können sein:
  - o Deutsch-polnisches Geschichtsbuch
  - o Ungestrafte Kriegsverbrechen des Zweiten Weltkriegs (bspw. Reinefahrt)
  - o Problem der Entschädigung, Wiedergutmachung, Reparationen
  - o Fragen bezüglich künftiger Denkmäler, Museen, Gedenkstätten (bspw. Deutsch-Polnisches Haus in Berlin)

### Ballon-Effekt (Erwartungsbild)

zur deutsch-polnischen Versöhnung in den 2020er Jahren

Was uns hilft, „höher zu steigen“? (positive Beispiele der deutsch-polnischen Versöhnung)?	Was „zieht uns herunter“? (negative Beispiele der deutsch-polnischen Versöhnung)?
<ul style="list-style-type: none"> <li>– die Möglichkeit, gemeinsam über die Zukunft der Nachbarschaft zu sprechen;</li> <li>– Zusammenarbeit auf Basis von Verständnis und der Akzeptanz der gemeinsamen Geschichte und der daraus resultierenden Einstellungen;</li> <li>– gegenseitiges Verständnis;</li> <li>– Verständnis dafür, dass die aus der Versöhnung resultierende Zusammenarbeit kontinuierlich gepflegt werden muss;</li> <li>– gemeinsame Werte annehmen und teilen.</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>– Das Versäumnis, sich vollkommen auf die Versöhnung einzulassen, führt zur permanenten Erinnerung an vergangenes Unrecht</li> <li>– ständig Schuldgefühle wecken und eine Opferhaltung kultivieren;</li> <li>– Vorurteile und Stereotype;</li> <li>– mangelndes Verständnis für die Haltung und Argumente der Gegenseite;</li> <li>– nationalistische Einstellungen.</li> </ul>

## **GRUPPE A: Versöhnungsinitiativen aus der DDR und Polen vor 1969**

- 1) Fasse die beteiligten Parteien, den Zeitpunkt und den Inhalt des Vertrags zusammen.
- 2) Beschreibe Inhalt und Gestaltung der Briefmarken und der zeitgenössischen Fotografie aus der DDR der VR Polen anlässlich der Unterzeichnung des Görlitzer Abkommens.
- 3) Beurteile den in der DDR geläufigen Begriff der „Oder-Neisse-Friedensgrenze“ als Bezeichnung für die deutsch-polnische Grenze.

### **Q1 Abkommen zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Republik Polen über die Markierung der festgelegten und bestehenden deutsch-polnischen Staatsgrenze vom 6. Juli 1950 (Görlitzer Abkommen)**

Der Präsident der Deutschen Demokratischen Republik und der Präsident der Republik Polen, geleitet von dem Wunsche, dem Willen zur Festigung des allgemeinen Friedens Ausdruck zu verleihen und gewillt, einen Beitrag zum großen Werke der einträchtigen Zusammenarbeit friedliebender Völker zu leisten, in Anbetracht, daß diese Zusammenarbeit zwischen dem deutschen und dem polnischen Volke dank der Zerschlagung des deutschen Faschismus durch die UdSSR und dank der Entwicklung der demokratischen Kräfte in Deutschland möglich wurde – sowie gewillt, nach den tragischen Erfahrungen aus der Zeit des Hitlersystems eine unerschütterliche Grundlage für ein friedliches und gutnachbarliches, Zusammenleben beider Völker zu schaffen, geleitet von dem Wunsche, die gegenseitigen Beziehungen in Anlehnung an das die Grenze an der Oder und Lausitzer Neiße festlegende Potsdamer Abkommen zu stabilisieren und zu festigen, in Durchführung der Bestimmungen der Warschauer Deklaration der Delegation der Provisorischen Regierung der Deutschen Demokratischen Republik und der Regierung der Republik Polen vom 6. Juni 1950; in Anerkennung, dass die festgelegte und bestehende Grenze die unantastbare Friedens- und Freundschaftsgrenze ist, die die beiden Völker nicht trennt, sondern einigt – haben beschlossen, das vorliegende Abkommen abzuschließen, und zu ihren Bevollmächtigten ernannt: der Präsident der Deutschen Demokratischen Republik, Herrn Otto Grotewohl, Ministerpräsident, Herrn Georg Dertinger, Minister für Auswärtige Angelegenheiten, der Präsident der Republik Polen, Herrn Jozef Cyrankiewicz, Ministerpräsident, Herrn Stefan Wierblowski, Leiter des Ministeriums für Auswärtige Angelegenheiten,

die nach Austausch ihrer in guter und gehöriger Form befundenen Vollmachten über folgende Bestimmungen übereingekommen sind:

#### **Artikel 1**

Die Hohen Vertragsschließenden Parteien stellen übereinstimmend fest, daß die festgelegte und bestehende Grenze, die von der Ostsee entlang der Linie westlich von der Ortschaft Swinoujscie und von dort entlang dem Fluss Oder bis zur Einmündung der Lausitzer Neiße und die Lausitzer Neiße entlang bis zur tschechoslowakischen Grenze verläuft, die Staatsgrenze zwischen Deutschland und Polen bildet.

#### Artikel 2

Die laut vorliegendem Abkommen markierte deutsch-polnische Staatsgrenze grenzt in vertikaler Linie auch den Luft- und Seeraum sowie das Innere der Erde ab.

#### Artikel 3

Zwecks Markierung im Terrain der im Art. 1 genannten deutsch-polnischen Staatsgrenze berufen die Hohen Vertragschließenden Parteien eine gemischte deutsch-polnische Kommission mit dem Sitz in Warszawa. Diese Kommission besteht aus acht Mitgliedern, von denen vier von der Provisorischen Regierung der Deutschen Demokratischen Republik und vier von der Regierung der Republik Polen ernannt werden.

#### Artikel 4

Zwecks Aufnahme der im Artikel 3 bestimmten Tätigkeit wird die gemischte deutsch-polnische Kommission spätestens bis zum. 31. August 1950 zusammentreten.

#### Artikel 5

Nach Durchführung der Markierung der Staatsgrenze im Terrain werden die Hohen Vertragschließenden Parteien einen Akt über die Ausführung der Markierung der Staatsgrenze zwischen Deutschland und Polen abschließen.

#### Artikel 6

In Ausführung der Markierung der deutsch-polnischen Staatsgrenze werden die Hohen Vertragschließenden Parteien Vereinbarungen betreffs der Grenzübergänge, des lokalen Grenzverkehrs sowie der Schifffahrt auf den Grenzgewässern abschließen. Diese Vereinbarungen werden innerhalb eines Monats nach Inkrafttreten des im Artikel 5 genannten Aktes über die Ausführung der Markierung der Staatsgrenze zwischen Deutschland und Polen abgeschlossen werden.

#### Artikel 7

Das vorliegende Abkommen unterliegt einer Ratifikation, die in möglichst kürzester Frist stattfinden soll. Das Abkommen tritt in Kraft mit dem Austausch der Ratifikationsurkunden, der in Berlin stattfinden wird. Zu Urkund dessen haben die Bevollmächtigten dieses Abkommen unterzeichnet und mit ihren Siegeln versehen.

#### Artikel 8

Ausgefertigt am 6. Juli 1950 in Zgorzelec in zwei Urschriften, beide in deutscher und polnischer Sprache, wobei beide Wortlaute die gleiche Gültigkeit haben.

In Vollmacht des Präsidenten der Deutschen Demokratischen Republik

O. Grotewohl

Gg. Dertinger

In Vollmacht des Präsidenten der Republik Polen

J. Cyrankiewicz

Stefan Wierblowski

**Q2 Fotografie „Kundgebung auf dem Markt in Zgorzelec / Görlitz nach der Unterzeichnung des Abkommens“ vom 6.7.1950**



Fundstelle: Polska Agencja Prasowa / Polnische Presseagentur

**Q3/Q4 Briefmarken aus der DDR aus den Jahren 1951 und 1970**



Fundstelle: [https://upload.wikimedia.org/wikipedia/commons/4/48/BM\\_OderNeisse.jpg](https://upload.wikimedia.org/wikipedia/commons/4/48/BM_OderNeisse.jpg) [2024-10-09]

Fundstelle: Archiv der Stiftung Kreisau für Europäische Verständigung

## GRUPPE B: Versöhnungsinitiativen aus der BRD und Polen vor 1969

- 1) Analysiere die „Ostdenkschrift“ der EKD und die Briefe der katholischen Bischöfe, indem du zusammenfasst, auf welche Ereignisse beide Schriften eingehen.
- 2) Untersuche, in welchen Formulierungen versöhnende Aspekte zur Sprache kommen. Überlege dir, welche Formulierungen eher politische Argumente und welche eher religiöse Argumente verwenden.
- 3) Beurteile, in welchem Grad die Schriften aufeinander eingehen und bewerte den Versöhnungsaspekt.

### Q5 Auszug aus: „Die Lage der Vertriebenen und das Verhältnis des deutschen Volkes zu seinen östlichen Nachbarn“ (Denkschrift der Evangelischen Kirche in (West-) Deutschland) vom 1.10.1965 - Auszug aus der 44-seitigen Denkschrift

#### 1. Umfang und Zusammenhänge der Probleme

Die vorläufigen Entscheidungen des Potsdamer Protokolls [...] sind immer noch nicht durch eine völkerrechtliche Dauerregelung abgelöst worden. Als besonders belastend muß es bezeichnet werden, daß sich zwanzig Jahre nach Beendigung des Zweiten Weltkrieges kaum die Möglichkeit abzeichnet, die schwerwiegenden Fragen der Schuld und des Rechtes zwischen den beteiligten Völkern in sachlicher Offenheit zu erörtern. Das ist nicht nur eine Folge der ideologischen Gegensätzlichkeit. Das Verhältnis des deutschen Volkes zu seinen östlichen Nachbarn ist so tief zerrüttet worden, daß der frühere reiche menschliche, geistige und kulturelle Austausch völlig zum Erliegen kam und bis heute noch kaum wieder aufgenommen ist. [...]

#### 4. Völkerrechtliche Fragen

[...] Die öffentliche Meinung in der Bundesrepublik ist weithin von der aus verletztem Rechtsgefühl genährten These bestimmt, die Annexion jener Gebiete und die Vertreibung von Millionen deutscher Bewohner aus ihnen habe gegen das für sie wie für alle Völker und Volksgruppen geltende

„Recht auf die Heimat“ verstoßen. Die Wiederherstellung der Grenzen des Deutschen Reiches von 1937 wird darum aus Gründen nationaler Ehre und um der Erhaltung des geschichtlichen und kulturellen Bestandes unseres Volkes willen, aber auch als Verwirklichung eines klaren Rechtsanspruches gefordert.

Die vorliegende Denkschrift kann an diesen Rechtsbehauptungen nicht vorübergehen und muß ihre Haltbarkeit prüfen [...]. [...] Das Deutsche Reich hat sich im Deutsch-Sowjetischen Vertrag vom 23. August 1939 (Ribbentrop — Molotow-Pakt) mit einer neuen Teilung Polens und der Annexion Ostpolens durch Sowjetrußland einverstanden erklärt. Darum muß eine deutsche Regierung heute zögern, einen Rechtsanspruch auf die Rückgabe von Gebieten zu erheben, deren Besitz wegen des Verlustes von Ostpolen zu einer wirtschaftlichen Lebensnotwendigkeit für Polen geworden ist. Damit verbindet sich ein zweiter Gesichtspunkt. Die zwanzig Jahre, die verstrichen sind, seitdem Polen von dem Gebiet Besitz ergriffen und die deutsche Bevölkerung daraus vertrieben hat, haben auch für die rechtliche Beurteilung des Anspruchs auf Wiederherstellung ihr eigenes Gewicht. [...]

#### 5. Theologische und ethische Erwägungen

[...] Vom Unrecht der Vertreibung kann aber nicht gesprochen werden, ohne daß die Frage nach der Schuld gestellt wird. Im Namen des deutschen Volkes wurde der Zweite Weltkrieg ausgelöst und in viele

fremde Länder getragen. Seine ganze Zerstörungsgewalt hat sich schließlich gegen den Urheber selbst gekehrt. Die Vertreibung der deutschen Ostbevölkerung und das Schicksal der deutschen Ostgebiete ist ein Teil des schweren Unglücks, das das deutsche Volk schuldhaft über sich selbst und andere Völker gebracht hat.

#### 6. Die deutschen Ostgrenzen als politische Aufgabe

[...] Eine künftige haltbare Friedensordnung kann im Verhältnis des deutschen Volkes zu seinen östlichen Nachbarn nur im Zeichen eines neuen Anfanges verwirklicht werden. Über den gegenwärtigen Zustand einer so gut wie völligen Entfremdung und gegenseitiger Furcht- und Haßgefühle hinaus muß es zu einer Versöhnung kommen, die auch zwischen Völkern möglich ist. [...]

*Fundstelle: EKD (Hrsg.): [https://www.ekd.de/ekd\\_de/ds\\_doc/ostdenkschrift\\_1965.pdf](https://www.ekd.de/ekd_de/ds_doc/ostdenkschrift_1965.pdf) (2024-08-15)*

## **Q6 Brief der polnischen Bischöfe an ihre deutschen Amtsbrüder vom 18. 11.1965 und die Antwort der deutschen Bischöfe vom 5.12.1965 (in Auszügen)**

Hochwürdige Konzilsbrüder! [...]

Nach kurzer Unabhängigkeit von etwa 20 Jahren (1918 bis 1939) brach über das polnische Volk ohne seine Schuld das herein, was man euphemistisch einfach als Zweiten Weltkrieg bezeichnet, was aber für uns Polen als totale Vernichtung und Ausrottung gedacht war. Über unser armes Vaterland senkte sich eine furchtbare finstere Nacht, wie wir sie seit Generationen nicht erlebt hatten. Sie wird bei uns allgemein „deutsche Okkupationszeit“ genannt und ist unter diesem Namen in die polnische Geschichte eingegangen. Wir waren alle macht- und wehrlos. Das Land war übersät mit Konzentrationslagern, in denen die Schloten der Krematorien Tag und Nacht rauchten. Über sechs Millionen polnischer Staatsbürger, darunter der Großteil jüdischer Herkunft, haben diese Okkupationszeit mit ihrem Leben bezahlen müssen. Die führende polnische Intelligenzschicht wurde einfach weggefegt. [...]

Nach alledem, was in der Vergangenheit geschehen ist [...] ist es nicht zu verwundern, daß das ganze polnische Volk unter dem schweren Druck eines elementaren Sicherheitsbedürfnisses steht und seinen nächsten Nachbarn im Westen immer noch mit Mißtrauen betrachtet. [...]

Die polnische Westgrenze an Oder und Neiße ist, wie wir wohl verstehen, für Deutschland eine äußerst bittere Frucht des letzten Massenvernichtungskrieges - zusammen mit dem Leid der Millionen von Flüchtlingen und vertriebenen Deutschen (auf interalliierten Befehl der Siegermächte - Potsdam 1945! - geschehen). [...] Für unser Vaterland, das aus dem Massenmorden nicht als Siegerstaat, sondern bis zum äußersten geschwächt hervorging, ist es eine Existenzfrage (keine Frage „größeren Lebensraumes“!); es sei denn, daß man ein über 30-Millionen-Volk in den engen Korridor eines „Generalgouvernements“ von 1939 bis 1945 hineinpressen wollte - ohne Westgebiete; aber auch ohne Ostgebiete, aus denen seit 1945 Millionen von polnischen Menschen in die „Potsdamer Westgebiete“ hinüberströmen mußten. [...]

Wir wissen sehr wohl, wie ganz große Teile der deutschen Bevölkerung jahrelang unter übermenschlichem nationalsozialistischem Gewissensdruck standen, wir kennen die furchtbaren inneren Nöte, denen seinerzeit rechtschaffene und verantwortungsvolle deutsche Bischöfe ausgesetzt waren, um nur die Namen Kardinal von Faulhaber, von Galen, von Preysing zu erwähnen. Wir wissen um die Märtyrer der weißen Rose, die Widerstandskämpfer des 20. Juli, wir wissen, daß viele Laien und Priester ihr Leben opferten (Lichtenberg, Metzger, Klausener und viele andere). Tausende von Deutschen teilten als Christen und Kommunisten in den Konzentrationslagern das Los unserer polnischen Brüder. [...]

Und trotz alledem, trotz dieser fast hoffnungslos mit Vergangenheit belasteten Lage, gerade aus dieser Lage heraus [...] rufen wir Ihnen zu: Versuchen wir zu vergessen! [...]

In diesem allerchristlichsten und zugleich sehr menschlichen Geist strecken wir unsere Hände zu Ihnen hin in den Bänken des zu Ende gehenden Konzils, gewähren Vergebung und bitten um Vergebung. [...]

**Q7 Antwortbrief der deutschen Bischöfe vom 5.12.1965 auf ihre polnischen Amtsbrüder vom 18. 11.1965**

Hochwürdigste Mitbrüder im bischöflichen Amt! [...]

Furchtbares ist von Deutschen und im Namen des deutschen Volkes dem polnischen Volke angetan worden. Wir wissen, daß wir Folgen des Krieges tragen müssen, die auch für unser Land schwer sind. Wir verstehen, daß die Zeit der deutschen Besatzung eine brennende Wunde hinterlassen hat, die auch bei gutem Willen nur schwer heilt. Um so mehr sind wir dankbar, daß Sie angesichts dieser Tatsache mit wahrhaft christlicher Großmut anerkennen, wie in der Zeit des Nationalsozialismus auch ein großer Teil der deutschen Bevölkerung unter schwerem Gewissensdruck gestanden hat. Wir sind dankbar, daß Sie auch angesichts der Millionen polnischer Opfer jener Zeit sich an die Deutschen erinnern, die dem Ungeist widerstanden und zum Teil ihr Leben hingegeben haben. [...] Wir sind dankbar, daß Sie neben dem unermesslichen Leid des polnischen Volkes auch des harten Loses der Millionen vertriebener Deutscher und Flüchtlinge gedenken.

Eine Aufrechnung von Schuld und Unrecht - darin sind wir einer Meinung - kann uns freilich nicht weiterhelfen. [...] So bitten auch wir zu vergessen, ja wir bitten zu verzeihen. Vergessen ist eine menschliche Sache. Die Bitte um Verzeihung ist ein Anruf an jeden, dem Unrecht geschah, dieses Unrecht mit den barmherzigen Augen Gottes zu sehen und einen neuen Anfang zuzulassen. [...]

Millionen von Polen mußten aus dem Osten in die ihnen zugewiesenen Gebiete übersiedeln. Wir wissen wohl, was darum für das heutige Polen diese Gebiete bedeuten. Aber auch Millionen Deutsche mußten ihre Heimat verlassen, in der ihre Väter und Vorfahren lebten. Diese waren nicht als Eroberer in das Land gezogen, sondern im Laufe der Jahrhunderte durch die einheimischen Fürsten gerufen worden. Deshalb müssen wir Ihnen in Liebe und Wahrhaftigkeit sagen: Wenn diese Deutschen von „Recht auf Heimat“ sprechen, so liegt darin - von einigen Ausnahmen abgesehen - keine aggressive Absicht. Unsere Schlesier, Pommern und Ostpreußen wollen damit sagen, daß sie Rechtens in ihrer alten Heimat gewohnt haben und daß sie dieser Heimat verbunden bleiben. Dabei ist ihnen bewußt, daß dort jetzt eine junge Generation heranwächst, die das Land, das ihren Vätern zugewiesen wurde, ebenfalls als ihre Heimat betrachtet. [...]

*Fundstelle: <https://cdim.pl/de/texte/1965-11-18-botschaft-der-polnischen-an-die-deutschen-bischoefe/>  
[2024-08-18]*

## GRUPPE C: OSTVERTRÄGE DER BRD: Warschauer Vertrag von 1970

- 1) Fasse die beteiligten Parteien, den Zeitpunkt und den Inhalt des Vertrags zusammen.
- 2) Erarbeite ausgehend von Reaktionen der Befürworter und Kritiker des Warschauer Vertrags Argumente für oder gegen diesen Vertrag.
- 3) Ergänzung / Zusatzaufgabe: Informiere dich über andere damals geschlossene Ostverträge der BRD (Moskauer Vertrag mit der UdSSR, Prager Vertrag mit der ČSSR, Grundlagenvertrag mit der DDR).
- 4) Beurteile, ob die Ostverträge den Prozess der Wiedervereinigung eher gefördert oder aufgehalten haben.

### Quelle 8 Vertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Volksrepublik Polen über die Grundlagen der Normalisierung ihrer gegenseitigen Beziehungen [„Warschauer Vertrag“ vom 7. Dezember 1970]

Die Bundesrepublik Deutschland

und

die Volksrepublik Polen

IN DER ERWÄGUNG, daß mehr als 25 Jahre seit Ende des Zweiten Weltkrieges vergangen sind, dessen erstes Opfer Polen wurde und der über die Völker Europas schweres Leid gebracht hat,

EINGEDENK DESSEN, daß in beiden Ländern in zwischen eine neue Generation herangewachsen ist, der eine friedliche Zukunft gesichert werden soll,

IN DEM WUNSCH, dauerhafte Grundlagen für ein friedliches Zusammenleben und die Entwicklung normaler und guter Beziehungen zwischen ihnen zu schaffen,

IN DEM BESTREBEN, den Frieden und die Sicherheit in Europa zu festigen,

IN DEM BEWUSSTSEIN, daß die Unverletzlichkeit der Grenzen und die Achtung der territorialen Integrität und der Souveränität aller Staaten in Europa in ihren gegenwärtigen Grenzen eine grundlegende Bedingung für den Frieden sind,

SIND wie folgt übereingekommen:

#### Artikel I

- (1) Die Bundesrepublik Deutschland und die Volksrepublik Polen stellen übereinstimmend fest, daß die bestehende Grenzlinie, deren Verlauf im Kapitel IX der Beschlüsse der Potsdamer Konferenz vom 2. August 1945 von der Ostsee unmittelbar westlich von Swinemünde und von dort die Oder entlang bis zur Einmündung der Lausitzer Neiße und die Lausitzer Neiße entlang bis zur Grenze mit der Tschechoslowakei festgelegt worden ist, die westliche Staatsgrenze der Volksrepublik Polen bildet.
- (2) Sie bekräftigen die Unverletzlichkeit ihrer bestehenden Grenzen jetzt und in der Zukunft und verpflichten sich gegenseitig zur uneingeschränkten Achtung ihrer territorialen Integrität.
- (3) Sie erklären, daß sie gegeneinander keinerlei Gebietsansprüche haben und solche auch in Zukunft nicht erheben werden.

## Artikel II

- (1) Die Bundesrepublik Deutschland und die Volksrepublik Polen werden sich in ihren gegenseitigen Beziehungen sowie in Fragen der Gewährleistung der Sicherheit in Europa und in der Welt von den Zielen und Grundsätzen, die in der Charta der Vereinten Nationen niedergelegt sind, leiten lassen.
- (2) Demgemäß werden sie entsprechend den Artikeln 1 und 2 der Charta der Vereinten Nationen alle ihre Streitfragen ausschließlich mit friedlichen Mitteln lösen und sich in Fragen, die die europäische und internationale Sicherheit berühren, sowie in ihren gegenseitigen Beziehungen der Drohung mit Gewalt oder der Anwendung von Gewalt enthalten.

## Artikel III

- (1) Die Bundesrepublik Deutschland und die Volksrepublik Polen werden weitere Schritte zur vollen Normalisierung und umfassenden Entwicklung ihrer gegenseitigen Beziehungen unternehmen, deren feste Grundlage dieser Vertrag bildet.
- (2) Sie stimmen darin überein, daß eine Erweiterung ihrer Zusammenarbeit im Bereich der wirtschaftlichen, wissenschaftlichen, wissenschaftlich-technischen, kulturellen und sonstigen Beziehungen in ihrem beiderseitigen Interesse liegt.

## Artikel IV

Dieser Vertrag berührt nicht die von den Parteien früher geschlossenen oder sie betreffenden zweiseitigen oder mehrseitigen internationalen Vereinbarungen.

## Artikel V

Dieser Vertrag bedarf der Ratifikation und tritt am Tage des Austausches der Ratifikationsurkunden in Kraft, der in Bonn stattfinden soll.

Zu Urkund dessen haben die Bevollmächtigten der Vertragsparteien diesen Vertrag unterschrieben.

Geschehen zu Warschau am 7. Dezember 1970 in zwei Urschriften, jede in deutscher und polnischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

Für die Bundesrepublik Deutschland  
Willy Brandt  
Walter Scheel

Für die Volksrepublik Polen  
J. Cyrankiewicz  
St. Jedrychowski

### **Quelle 9 Bundeskanzler Willy Brandt in einer Fernsehansprache am 7. Dezember 1970 über den Warschauer Vertrag**

[...] Ich bin mir bewusst: Dies ist eine schwere Reise. Für eine friedliche Zukunft wird sie von Bedeutung sein. Der Vertrag von Warschau soll einen Schlussstrich setzen unter Leiden und Opfer einer bösen Vergangenheit. Er soll eine Brücke schlagen zwischen den beiden Staaten und den beiden Völkern. Er soll den Weg dafür öffnen, dass getrennte Familien wieder zusammenfinden können.

Und dass Grenzen weniger trennen als bisher. Und trotzdem: Dieser Vertrag konnte nur nach ernster Gewissenserforschung unterschrieben werden. Wir haben uns nicht leichten Herzens hierzu entschieden. Zu sehr sind wir geprägt von Erinnerungen und gezeichnet von zerstörten Hoffnungen. Aber guten Gewissens, denn wir sind überzeugt, dass Spannungen abgebaut, Verträge über Gewaltverzicht befolgt, die Beziehungen verbessert und die geeigneten Formen der Zusammenarbeit gefunden werden müssen, um zu einer europäischen Friedensordnung zu gelangen. [...]

Wir dürfen nicht vergessen, dass dem polnischen Volk nach 1939 das Schlimmste zugefügt wurde, was es in seiner Geschichte hat durchmachen müssen. Dieses Unrecht ist nicht ohne Folgen geblieben. Großes Leid traf auch unser Volk, vor allem unsere ostdeutschen Landsleute. Wir müssen gerecht sein: Das schwerste Opfer haben jene gebracht, deren Väter, Söhne oder Brüder ihr Leben verloren haben. Aber nach ihnen hat am bittersten für den Krieg bezahlt, wer seine Heimat verlassen musste. Ich lehne Legenden ab, deutsche wie polnische: Die Geschichte des deutschen Ostens lässt sich nicht willkürlich umschreiben. [...]

*Fundstelle: [https://www.willy-brandt-biografie.de/wp-content/uploads/2017/08/Fernsehansprache\\_Willy\\_Brandt\\_Warschau\\_1970.pdf](https://www.willy-brandt-biografie.de/wp-content/uploads/2017/08/Fernsehansprache_Willy_Brandt_Warschau_1970.pdf) [2024-08-18]*

**Quelle 10 Walter Scheel, FDP-Vorsitzender und Bundesaußenminister, in der „Stuttgarter Zeitung“ vom 3. Dezember 1970**

Wer also die deutsch-polnische Verständigung will, muß sich schon mit der Grenzfrage selbst befassen. [...] Wer dennoch die Grenzfrage weiterhin unter allen Umständen „offen halten“ will, muß sich darüber hinaus fragen lassen, was er damit zu erreichen hofft, wenn Gewalt als Mittel zur Veränderung der Grenzen in jeder Hinsicht ausscheidet. Eine friedliche Veränderung erscheint weder jetzt noch in einer irgendwie absehbaren Zukunft denkbar. Denn die polnische Seite wird sich zu einer freiwilligen Herausgabe von Gebietsteilen nicht bereitfinden. Und unter unseren Verbündeten gäbe es niemand, der in dieser Hinsicht auf Polen einzuwirken bereit wäre. [...] Das „Offenhalten“ bewirkt, lediglich, die Blockierung jedes Versuchs, die Beziehungen zu Polen nachhaltig zu verbessern. [...]

Gegenüber dem Osten und insbesondere Polen aber gilt: wenn wir die Grenzen selbst nicht ändern können, so können wir sie doch durchlässiger und auf lange Sicht vielleicht: unwichtig machen. Letztlich geht es doch nicht um die Grenzen, sondern um die Verbindungen zwischen den Völkern.

Das Problem wird verfälscht, wenn man der Bundesregierung Verzicht auf oder Verfügung über die deutschen Ostgebiete vorwirft. Wir können nicht über etwas verfügen, über das die Geschichte längst verfügt hat, wir können nicht auf etwas verzichten, das wir nicht mehr besitzen. Es ist bitter, seine Heimat zu verlieren, es ist bitter, Breslau, Danzig oder Deutsch-Krone als polnische Städte ansehen zu sollen. Aber wenn wir die seit 25 Jahren bestehende Wirklichkeit endlich zur Kenntnis nehmen, so haben doch nicht wir diese Wirklichkeit geschaffen: Die Bundesrepublik Deutschland muß die Lasten des nationalsozialistischen Erbes tragen; keine Bundesregierung kann den Zweiten Weltkrieg nachträglich gewinnen. Für uns kann es nur darum gehen, zu sagen was ist und zu sehen was man aus der Wirklichkeit machen, auf ihr aufbauen kann. [...]

Diese Überlegungen haben zu dem Vertrag geführt, der in Warschau geschlossen wurde. [...] Er gibt den Potsdamer Beschlüssen keine andere und weitergehende Bedeutung, als sich aus dem Wortlaut der Beschlüsse und den Umständen ergibt, unter denen sie zustande gekommen sind. Hier liegt ein wesentlicher Unterschied zu dem von der DDR 1950 geschlossenen Görlitzer Vertrag.

*Fundstelle: [http://www.cvce.eu/obj/walter\\_scheel\\_der\\_deutsch\\_polnische\\_vertrag-de-fa6318bd-f18f-4250-ad8e-4699beee8e7f.html](http://www.cvce.eu/obj/walter_scheel_der_deutsch_polnische_vertrag-de-fa6318bd-f18f-4250-ad8e-4699beee8e7f.html) [2024-08-18]*

**Quelle 11 Der CSU-Vorsitzende Franz Josef Strauß in der Bundestagsdebatte vom 24. Februar 1972**

[...] Diese Verträge dienen nicht der Versöhnung mit den Völkern, sondern der Befriedigung der Wünsche ihrer Machthaber.

Zweitens. Sie bieten keine humanitären Erleichterungen, sondern bringen zunächst eine Verschärfung der Unterdrückung.

Drittens. Die Verträge dienen nicht der Entspannung, wenn man unter „Entspannung“ die Beseitigung der Spannungsursachen versteht.

Viertens. Die Verträge bedeuten eine Festigung des sowjetischen Besitzstandes.

Fünftens. Diese Verträge sind auch eine Ermutigung für die Linksradi-kalen, die diese Politik seit 20 Jahren in unserem Lande gefordert haben. [...]

Sechstens. Diese Verträge stehen nicht für sich allein da. Sie sind Bausteine einer sowjetischen Weststrategie.

Siebtens. Die europäische Friedensordnung sowjetischer Vorstellung steht in unauflö-slichem Gegensatz zur Bildung einer westeuropäischen politischen Gemeinschaft.

Achtens. Diese Verträge sollen nach der Vorstellung der Sowjets die Bundesrepublik Deutschland stärker in ihr Machtsystem und dessen Zielsetzungen einbinden.

[...] Ein Ja zu diesen Verträgen bedeutet einen Bruchpunkt auf der Straße ins Unheil.

*Fundstelle: <https://dserver.bundestag.de/btp/06/06172.pdf> [2024-08-18]*

**Quelle 12 Stellungnahme des Bundes der Vertriebenen (BdV) am 11. März 1972:**

Die Versammelten wenden sich gegen den Verzicht auf einen gerechten Frieden und auf freie Selbstbestimmung, die Legalisierung von Massenvertreibungen und Annexionen, die Anerkennung der Gewalt-herrschaft in Mitteldeutschland, die Minderung des Status von Berlin. Sie verurteilen die Verletzung des Rechtes auf Freizügigkeit vom und zum angestammten Wohnsitz und auf freie Entfaltung in der Heimat, der Menschen- und Gruppenrechte der Deutschen in der Heimat, der Pflicht zum Schutze der Individualrechte und des Eigentums der Ostdeutschen. Sie fordern, diese Verträge nicht zu ratifizieren, dafür aber praktische und wirksame Fortschritte bei der Vertiefung der wirtschaftlichen, technologischen, kulturellen und menschlichen Beziehungen anzustreben und in einer sich wandelnden Welt auf einen gerechten Frieden und tragbaren Ausgleich zwischen Deutschland und den östlichen Nachbarn hinzuwirken.

*Fundstelle: Heinrich von Siegler (Hrsg.): Dokumentation zur Deutschlandfrage in Verbindung mit der Ostpolitik. Hauptband VII, Bonn 1972, S. 544ff.*

**GRUPPE D: Berichterstattung vom Tag der Versöhnungsmesse**

- 6) Fasse protokollartig zusammen, welche Ereignisse im Bericht der „tagesschau“ vom 12.11.1989 hervorgehoben werden.
- 7) Fasse protokollartig zusammen, welche Ereignisse im Bericht des „Dziennik Telewizyjny“ vom 12.11.1989 hervorgehoben werden.
- 8) Skizziere, welche Personen gezeigt werden und welche Inhalte aus Reden oder Gesten im Beitrag präsentiert werden.
- 9) Vergleiche beide Berichterstattungen hinsichtlich übereinstimmender und unterschiedlicher Inhalte.
- 10) Beurteile, welche Informationen in Deutschland aus Polen und welche in Polen aus Deutschland ergänzt werden sollten und begründe es.

**Quelle 13: „tagesschau“ vom 12.11.1989 (Minute 10:32 – 12:48)**

*Fundstelle: <https://media.tagesschau.de/video/2009/1104/TV-20091104-0948-4101.webl.h264.mp4>*

**Quelle 14: „Dziennik Telewizyjny“ vom 12.11.1989 (Minute 00:00 – 02:21)**

*Fundstelle: <https://www.youtube.com/watch?v=ZGMT37NcROc&t=13s>*

## **GRUPPE E: Wortbeiträge auf der Kreisauer Versöhnungsmesse (Bischof Nossol, Bundeskanzler Kohl, Ministerpräsident Mazowiecki)**

- 1) Fasse zusammen, auf welche Ereignisse Nossol in seiner Predigt bzw. Kohl und Mazowiecki in ihren Reden eingehen.
- 2) Untersuche, in welchen Formulierungen versöhnende Aspekte zur Sprache kommen.
- 3) Überlege dir, welche der Formulierungen eher als politische Argumente und welche eher als religiöse Argumente verwendet werden können.

### **Quelle 15 Predigt „Gemeinsam voranschreiten – versöhnt in Wahrheit und Liebe“ des Oppelner Bischofs Alfons Nossol zur Versöhnungsmesse in Kreisau am 12. November 1989**

„[...] Wir [sollten] im Geiste [...] einen Blick auf die Außergewöhnlichkeit und die wahrhaft historische Dimension dieses Treffens werfen. [...] Wir können das Bewusstsein darüber, dass die Geschwister Geschichte schwer auf uns lastet, nicht einfach beiseiteschieben und uns vollkommen davon lösen. [...]

Es stimmt, dass kein vernünftiger Mensch von uns verlangen kann, alles zu vergessen, vor allem was das grausame Kapitel unserer Geschichte in Gestalt des Zweiten Weltkrieges betrifft. Diese geschichtliche Zäsur zahlreicher Verbrechen, die durch das Naziregime des Dritten Reiches an der Menschheit begangen wurden, wie auch andere später ebenfalls damit verbundene schmerzhafteste Konsequenzen (die manchmal sogar eine Art Racheakt waren), sind deshalb in den letzten Tagen schon des Öfteren benannt worden. Das verlangt die historische Wahrheit, unabhängig davon, wie schmerzhaft sie ist. Während das Vergessen eine Frage der Psychologie ist, so ist die Versöhnung dagegen ein unerlässliches Erfordernis. Eines echten radikalen Glaubens und einer christlichen Existenz. Wenn wir zu unserem gemeinsamen Vater ehrlich rufen: „Vergib uns unsere Schuld, wie auch wir vergeben unseren Schuldigern“, müssen wir in Richtung eines neuen Anfangs schreiten, der sich aus dem echten Willen zur Versöhnung ergibt.

Gewiss ließen sich auch die polnischen Bischöfe von diesem Glauben leiten, die in ihrer Botschaft am Ende des Konzils am 18. November 1965 an ihre Amtsbrüder in Christo darüber sprechen und zunächst das aufzählten, was sich im Laufe unseres Jahrtausends bis hin zum unmenschlichen nationalsozialistischen Druck ereignet hatten und sagten: „Wir vergeben und bitten um Vergebung“. Mein Gott, wie viel Unruhe hat es damals deswegen bei uns gegeben, vor allem im politischen Bereich, vor allem in Form von ideologischen Protesten, die von den Gläubigen nicht selten schriftlich erzwungen wurden. [...]

Dank dieser Gnade, das heißt gestützt auf sie, kann unsere Generation ganz sicher von hier aus, gerade von Kreisau aus, ein neues Kapitel in der Geschichte unserer beiden Völker schreiben. Ohne eine deutliche Bezugnahme auf das in der Eucharistie vergegenwärtigte Werk der christlichen Versöhnung, wäre diesbezüglich ein Durchbruch wohl kaum denkbar. Mit ausschließlich menschlicher Kraft, mit Diplomatie und Taktik, lässt sich das nicht bewerkstelligen. Nur die Macht Christi, des Versöhners, kann das bewirken. [...]

Wir müssen aber auch betonen, dass sich der historische Charakter unserer Eucharistiefeyer durch den Ort auszeichnet, an dem sie stattfindet, das heißt hier im niederschlesischen Kreisau, das ein Symbol für den antifaschistischen Widerstand ist, an dem man schon damals an ein besseres Deutschland dachte, und dem die Idee von einem christlichen Staat vorschwebte, der auf festen ethischen Grundlagen basieren sollte. [...] Die Seele dieses konspirativen Kreises war der hier geborene und hier lebende Helmut James Graf von Moltke, der am 23. Januar 1945 wegen „Hochverrats“ hingerichtet wurde, denn die Mehrzahl der am Attentat in Rastenburg am 20. Juli 1944 beteiligten Personen gehörte jenen Idealisten an, die an ein „besseres Deutschland“ glaubten. [...]

Graf von Moltke selbst wollte allerdings Gewalt in seinem Vorhaben ausschließen. Gemäß seiner Überzeugung konnte „kein Mensch ein Mensch“ sein, ohne das Kapitel 13 des ersten Korintherbriefs zu beachten, in dem wir den Hymnus über die Liebe finden. Deshalb fürchtete er den Tod auch nicht und erachtete „seine Aufgabe als erfüllt“, als er sich von seiner Frau Freya, den Kindern und Angehörigen mit den Worten verabschiedete: „Die Gnade unseres Herrn Jesus Christus, die Liebe Gottes, des Vaters und die Gabe des Heiligen Geistes sei mit Euch allen“.

Denn nur diese Liebe, die in der Fülle des Erlösungswerkes Jesu Christi voll zum Ausdruck kommt, [...] können wir jetzt gemeinsam in die Zukunft schreiten, und in Europa eine Zivilisation der Liebe und des Friedens aufbauen. [...]

*Fundstelle: Alfons Nossol: Freude an Versöhnung. Deutsch-polnische Brückenschläge, hrsg. von Krzysztof Zyzik und Krzysztof Ogiolda, übersetzt von Winfried Lipscher, EOS: St. Ottilien 2013, S. 217ff.*

**Quelle 16 Ansprache von Bundeskanzler Helmut Kohl zum Abschluss der Versöhnungsmesse in Kreisau am 12. November 1989**

Liebe Freunde aus Polen, liebe Freunde aus Deutschland, sehr geehrter Herr Ministerpräsident!

Wir haben hier im Hof des Gutes Kreisau gemeinsam die heilige Messe gefeiert. Ein jeder von uns spürt, dass dies ein wichtiger Augenblick im Leben unserer beiden Völker ist. Wir sind uns der Geschichte bewusst, die sich hier in Kreisau ereignet, und die im Herzen Europas gegenwärtig ist. In der Predigt des Bischofs haben wir gehört, dass wir die Geschichte nicht vergessen dürfen, aber auch dass wir zusammen aus der Geschichte lernen müssen. Dieser Augenblick, an dem wir gerade teilgenommen haben, ist eine solche Lehre für uns.

Der Herr Ministerpräsident und ich haben gerade miteinander den Freundesgruß ausgetauscht. Dabei begleiteten uns die Worte: Der Herr segne Dich, und er segne Dein Volk. Wir hätten kein Recht, das so auszusprechen, wenn dies nicht auch unsere Völker betreffen würde. Deshalb machen wir uns von diesem Altar aus auf den Weg und schreiten einer guten Zukunft unserer Völker entgegen, die erfüllt ist von Frieden und Gottes Segen, für Polen und Deutsche, und für uns alle in Europa.

*Fundstelle: Alfons Nossol: Freude an Versöhnung. Deutsch-polnische Brückenschläge, hrsg. von Krzysztof Zyzik und Krzysztof Ogiolda, übersetzt von Winfried Lipscher, EOS: St. Ottilien 2013, S. 222*

**Quelle 17 Ansprache des polnischen Ministerpräsidenten Tadeusz Mazowiecki zum Abschluss der Versöhnungsmesse in Kreisau am 12.11.1989**

Liebe Freunde, sehr geehrter Herr Bundeskanzler, hochwürdigste Herren Bischöfe!

Ernst und brüderlich haben wir diese heilige Messe miterlebt. Dieses Gefühl der zwischenmenschlichen Brüderlichkeit wollen wir von hier mitnehmen, damit wir niemals vergessen, dass wir vor allem Menschen und Brüder sind. Zu dieser Brüderlichkeit verpflichten uns besonders jene, die um einer besseren Brüderlichkeit zwischen den Menschen und zwischen unseren Völkern willen einst an diesem Ort zusammen kamen. Lasst uns somit einen so gestärkten Willen und das Gefühl der Brüderlichkeit von dieser heiligen Messe mitnehmen. Dieses Gefühl möge sich unter unseren Völkern und auch bei uns selbst entwickeln. Ich denke, dass wäre sehr viel. Das wird, Herr Bundeskanzler, eine große Sache, wenn wir mit diesem Gefühl aus dieser heiligen Messe nach Hause zurückkehren, und wir diese Messe immer in Erinnerung behalten.

*Fundstelle: Alfons Nossol: Freude an Versöhnung. Deutsch-polnische Brückenschläge, hrsg. von Krzysztof Zyzik und Krzysztof Ogiolda, übersetzt von Winfried Lipscher, EOS: St. Ottilien 2013, S. 223*

## GRUPPE F: Heinz Reinefahrt als Gegenstand deutsch-polnischer Versöhnungsdiskurse der 2010er-Jahre

1. Stelle kurz die Begleitumstände der Rede des Bundespräsidenten in Warschau im Jahr 2019 und der feierlichen Enthüllung der Mahntafel am Rathaus von Westerland auf Sylt im Jahr 2014 dar.
2. Skizziere die Biografie von Heinz Reinefarth und erkläre, warum sein Nachkriegsschicksal in Polen als Beispiel für eine unvollständige Versöhnung beider Länder angeführt wird. Hat Reinefarths Nachkriegsgeschichte auch Spuren in der deutschen Geschichte hinterlassen? Nimm Stellung dazu.
3. Erkläre, wie du die Worte des Bundespräsidenten verstehst, dass „...die Vergangenheit nicht abgeschlossen [ist]. Nein, die Vergangenheit ist nicht abgeschlossen. Im Gegenteil: Je länger dieser Krieg zurückliegt, desto wichtiger wird das Erinnern. Ein Krieg ist beendet, wenn die Waffen schweigen. Seine Folgen aber sind ein Erbe für Generationen. Dieses Erbe ist ein schmerzhaftes Erbe. Wir Deutsche nehmen es an, und wir tragen es weiter.“ (Z. 9-12).
4. Wie bewertest du die Geste der Westeländer im Kontext der Worte des Bundespräsidenten? Ist diese Geste deiner Meinung nach eine gelungene „Lektion der Geschichte“ und „ein Händereichen über den Gräbern der Opfer“? Begründe deinen Standpunkt.

### Darstellung 18 Auszug aus der Neuen Deutschen Biographie zu Heinz Reinefahrt

[...]

Reinefarth wuchs in Gnesen (Posen, heute Gniezno, Polen) auf, studierte seit 1922 Jura an der Universität Jena und wurde 1930 als Rechtsanwalt in Forst (Lausitz) tätig. 1932 verlegte er seine Kanzlei nach Cottbus, wo er seit 1936 zudem als Notar praktizierte. Früh verhaftet in der völkischen Bewegung, trat er 1932 der NSDAP und SA bei, wechselte aber noch im selben Jahr von der SA zur SS. Anfang 1942 trat er auf Veranlassung seines Mentors Kurt Daluge (1897–1946) in das Hauptamt Ordnungspolizei in Berlin ein. Von 1942 bis 1943 wirkte Reinefarth als Generalinspekteur der Verwaltung im Protektorat Böhmen und Mähren sowie 1944/45 als Höherer SS- und Polizeiführer im Reichsgau „Wartheland“, wo er in die nationalsozialistische Germanisierungs- und Vernichtungspolitik involviert war.

Anfang August 1944 wurde Reinefarth von Heinrich Himmler (1900–1945) mit der Niederschlagung des Warschauer Aufstands beauftragt. Am 5. August 1944 wies er seine Unterführer bei einer Einsatzbesprechung gemäß Himmlers Befehl an, die gesamte nicht-deutsche Bevölkerung Warschaus zu töten. Den in der Folge durch deutsche Truppen verübten Massakern an der städtischen Zivilbevölkerung fielen mehrere zehntausend Menschen zum Opfer.

Im Mai 1945 geriet Reinefarth in Krimml (Zillertal, Tirol) in US-amerikanische Gefangenschaft. Vor dem Hintergrund des beginnenden Kalten Kriegs stellte er sich dem Counter Intelligence Corps der US-Army als Ost-Experte zur Verfügung und entging so einer Auslieferung nach Polen. Für seine öffentliche Wahrnehmung war Reinefarths letzter Posten im Zweiten Weltkrieg als Festungskommandant von Küstrin an der Oder von besonderer Bedeutung: Er nutzte den im März 1945 gegen den Befehl Adolf Hitlers (1889–1945) unternommenen Ausbruch aus der von der Roten Armee belagerten Festung, um sich als verantwortungsvoller und regimekritischer Funktionsträger zu stilisieren.

1948 ließ sich Reinefarth in Westerland auf Sylt nieder. Sein Verfahren vor der 1. Spruchkammer des Spruchgerichts Hamburg-Bergedorf endete 1949 mit einem Freispruch, das anschließende Entnazifizierungsverfahren in Flensburg letztlich mit der Einstufung als „entlastet“ (Kategorie V). Seit 1950 Mitglied im Block der Heimatvertriebenen und Entrechteten (BHE), wurde Reinefarth 1951 zum Bürgermeister von Westerland gewählt. Politisch erfolgreich und überparteilich geschätzt, begann in seiner Amtszeit der Wiederaufstieg des Nordseebads Westerland zu einem Urlaubsort von internationaler Ausstrahlung.

1957 geriet Reinefarth in das Visier der DDR-Propaganda, v. a. durch den Dokumentarfilm „Urlaub auf Sylt“ von Annelie Thorndike (1925–2012) und Andrew Thorndike (1909–1979) sowie durch Zeitungsartikel und Karikaturen. Der Freiburger Rechtshistoriker Hans Thieme (1906–2000), der 1944 als Wehrmachtsoffizier in Warschau Reinefarth begegnet war, belastete ihn im Januar 1958 in einem Leserbrief an „Der Spiegel“ schwer und verlieh den Angriffen aus der DDR Glaubwürdigkeit. Es folgte eine überregionale mediale Debatte über Reinefarths Vergangenheit, der dessen ungeachtet 1958 für den BHE in den Kieler Landtag einzog. In der Kontroverse um Reinefarth vermied der schleswig-holsteinische Ministerpräsident Kai-Uwe von Hassel (1913–1997) eine klare Stellungnahme und wurde dadurch ebenfalls Ziel öffentlicher Kritik.

Als Reaktion auf Forschungsergebnisse des Historikers Hanns von Krannhals (1911–1970) zum Warschauer Aufstand von 1944 hob der Kieler Landtag 1961 die parlamentarische Immunität Reinefarths auf, der sich aufgrund der folgenden juristischen Ermittlungen aus der Kommunal- und Landespolitik zurückzog. Die Ermittlungen führten trotz zahlreicher belastender Indizien zu keiner Anklage; im Rahmen der geltenden Strafprozessordnung betrieben die Ermittlungsbeamten eine schematische Beweisführung, die dem Ausmaß und arbeitsteiligen Charakter des Massenmords von Warschau nicht gerecht wurde. 1967 wurde Reinefarth von der schleswig-holsteinischen Justiz außer Verfolgung gesetzt.

Der „Fall Reinefarth“ wirkte weit über die Grenzen Schleswig-Holsteins und der Bundesrepublik hinaus. 2014 kam es in Zusammenhang mit dem 70. Jahrestag des Warschauer Aufstands zu einer neuen öffentlichen Debatte, in deren Folge sich der schleswig-holsteinische Landtag von seinem einstigen Mitglied distanzierte. Zudem wurde 2014 am Eingang des Rathauses von Westerland eine Mahntafel angebracht, die an die Opfer der Niederschlagung des Warschauer Aufstands erinnert.

*Fundstelle: Marti, Philipp, „Reinefarth, Heinz“ in: NDB-online, veröffentlicht am 01.10.2022, URL: <https://www.deutsche-biographie.de/128604689.html#dbocontent> [2024-10-29]*

**Quelle 19 Wortlaut der im Jahr 2014 am Rathaus von Westerland angebrachten zweisprachigen Mahntafel**

„Warschau, 1. August 1944:

Polnische Widerstandskämpfer stehen auf gegen die deutschen Besatzer. Das nationalsozialistische Regime lässt den Aufstand niederschlagen. Mehr als 150 000 Menschen werden ermordet, unzählige Männer, Frauen und Kinder geschändet und verletzt. Heinz Reinefarth, von 1951 bis 1963 Bürgermeister von Westerland, war als Kommandeur einer Kampfgruppe mitverantwortlich für dieses Verbrechen. Beschämt verneigen wir uns vor den Opfern und hoffen auf Versöhnung.“

„Warszawa, 1 sierpnia 1944 r. Polscy bojownicy ruchu oporu powstają przeciwko niemieckim okupantom. Reżim narodowosocjalistyczny każe powstanie zdusić. Ponad 150 tys. ludzi zostaje zamordowanych, niezliczona rzesza mężczyzn, kobiet i dzieci odnosi rany. Burmistrz Heinz Reinefarth, jako dowódca grupy bojowej, był odpowiedzialny za te zbrodnie. Zawstydzeni oddajemy pokłon ofiarom i mamy nadzieję na pojednanie“.

*Fundstelle: <https://gemeinde-sylt.de/die-gemeinde-sylt-gedenkt-der-opfer-des-warschauer-aufstands-2/> [2024-10-16]*

**Quelle 20 Rede von Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier anlässlich des 80. Jahrestags des Ausbruchs des Zweiten Weltkriegs in Warschau (in Auszügen)**

[...] Heute vor achtzig Jahren überfiel mein Land, Deutschland, sein Nachbarland Polen – Ihr Heimatland. Es waren meine Landsleute, die einen grausamen Krieg entfesselten, der weit mehr als fünfzig Millionen Menschenleben kosten sollte, unter ihnen Millionen polnische Bürgerinnen und Bürger.

Dieser Krieg war ein deutsches Verbrechen. [...]

Oft bemühen wir den Begriff unermesslich, wenn wir diesen Krieg beschreiben. Wir sprechen vom unermesslichen Leid, das Deutschland über Europa gebracht hat. Ermessen können wir das Leiden tatsächlich nicht. Aber unermesslich bedeutet nicht, dass wir von dem Bemühen befreit sind, das Leiden der Opfer mitzufühlen.

Nein, die Vergangenheit ist nicht abgeschlossen. Im Gegenteil: Je länger dieser Krieg zurückliegt, desto wichtiger wird das Erinnern. Ein Krieg ist beendet, wenn die Waffen schweigen. Seine Folgen aber sind ein Erbe für Generationen.

Dieses Erbe ist ein schmerzhaftes Erbe. Wir Deutsche nehmen es an, und wir tragen es weiter.

Als deutscher Bundespräsident gemeinsam mit der deutschen Bundeskanzlerin sagen wir heute allen Polinnen und Polen: Wir werden nicht vergessen. Wir vergessen die Wunden nicht, die Deutsche Polen zugefügt haben. Wir vergessen das Leiden der polnischen Familien ebenso wenig wie ihren Mut zum Widerstand. Wir werden niemals vergessen. Nigdy nie zapomnimy! (sic!) [...]

Unsere Väter und Mütter haben aus der Geschichte gelernt. Über den Gräbern der Toten haben sie einander die Hand zur Versöhnung gereicht. Gemeinsam haben sie einen neuen Weg in die Zukunft gefunden – den Weg der guten Nachbarschaft, den Weg der Zusammenarbeit, mit Regeln für den Frieden, mit verbrieften Rechten für alle Menschen. [...]

Ich verneige mich in Trauer vor dem Leid der Opfer.

Ich bitte um Vergebung für Deutschlands historische Schuld.

Ich bekenne mich zu unserer bleibenden Verantwortung.

*Fundstelle: <https://www.bundespraesident.de/SharedDocs/Reden/DE/Frank-Walter-Steinmeier/Reden/2019/09/190901-Polen-Gedenken-Warschau.html> [2024-10-28]*

## AUTOREN

### **DANIEL FREUDENREICH**

Historiker, Lehrer am Karl-Liebknecht-Gymnasium in Frankfurt (Oder). Leiter des Fachbereichs Geschichte in deutscher und polnischer Sprache. Koordinator in der erweiterten Schulleitung für deutsch-polnische Schulprojekte (u.a. bilinguales Lernen in deutscher und polnischer Sprache mit differenziertem Polnischunterricht und bilingualem Sachfachunterricht in Geschichte, Kunst und Musik). Mitglied des Arbeitskreises der Geschichtslehrkräfte an der Gemeinsamen Deutsch-Polnischen Schulbuchkommission. Mitglied in der Arbeitsgruppe zur Entwicklung eines neuen Rahmenlehrplans für das Fach Geschichte in der Sekundarstufe II für das Ministerium für Bildung, Jugend und Sport des Landes Brandenburg und Mitglied im Vorstand der Bundesvereinigung der Polnischlehrkräfte e.V.

### **ANDRZEJ DUSIEWICZ**

Historiker, Lehrer, Fachredakteur in Bildungsverlagen. Autor von Publikationen, Unterrichtsszenarien und Workshops zu historischen und didaktischen Themen. Er veröffentlichte unter anderem in „Mówią Wieki“, „Rzeczpospolita“, „Wiadomości Historyczne“ und auf der Website Onet.pl. In den Jahren 2011–2024 leitete er im Verlag Wydawnictwo Szkolne i Pedagogiczne (WSiP) die Arbeiten am Projekt des deutsch-polnischen Schulgeschichtsbuchs „Europa. Unsere Geschichte.“